

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu der Vereinbarung vom 25. November 1986

über die Bereitstellung und den Betrieb von

**Flugsicherungseinrichtungen und -diensten durch EUROCONTROL
in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht**

A. Zielsetzung

Das EUROCONTROL-Übereinkommen vom 13. Dezember 1960, das am 13. März 1963 in Kraft getreten war, wurde durch das Protokoll vom 12. Februar 1981 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ vom 13. Dezember 1960 und zu der Mehrseitigen Vereinbarung vom 12. Februar 1981 über Flugsicherungs-Streckengebühren (BGBl. 1984 II S. 69) geändert. Mit dieser Änderung ist das in der Vergangenheit angestrebte Ziel, die Flugverkehrskontrolle in den oberen Lufträumen aller EUROCONTROL-Mitgliedstaaten durch EUROCONTROL als eigene Aufgabe wahrnehmen zu lassen, aufgegeben worden. Lediglich vier Mitgliedstaaten verstanden sich dazu, ihre oberen Lufträume durch die von EUROCONTROL im Rahmen des Übereinkommens vom 13. Dezember 1960 eingerichtete und in eigener Zuständigkeit betriebene Flugsicherungs-Bezirkskontrollzentrale Maastricht kontrollieren zu lassen (Bundesrepublik Deutschland, Niederlande, Belgien und Luxemburg).

B. Lösung

Die vier genannten Staaten haben inzwischen EUROCONTROL endgültig beauftragt, die Flugsicherungsdienste in ihren oberen Lufträumen (für die Bundesrepublik Deutschland im oberen nord-deutschen Luftraum) in ihrem Auftrag durchzuführen. In der am 25. November 1986 in Brüssel abgehaltenen diplomatischen Konferenz mit EUROCONTROL haben sie eine Vereinbarung über die Bereitstellung und den Betrieb von Flugsicherungseinrichtungen und -diensten durch EUROCONTROL in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht unterzeichnet.

C. Alternativen

Übergang der Bereitstellung und des Betriebs der Flugsicherungseinrichtungen und -dienste in die nationale Zuständigkeit mit hohem

Kostenaufwand und nicht abzusehenden politischen Folgen unter den europäischen Staaten.

D. Kosten

Mit Inkrafttreten der Vereinbarung gelten neue Kostenumlageschlüssel, die zu einer Entlastung des Bundeshaushalts führen. Länder und Gemeinden werden mit Kosten nicht belastet.

Das Vorhaben wirkt sich auf Einzelpreise, Preisniveau und Verbraucherpreise nicht aus.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (323) – 971 05 – Eu 8/89

Bonn, den 6. Januar 1989

An den
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 25. November 1986 über die Bereitstellung und den Betrieb von Flugsicherungseinrichtungen und -diensten durch EUROCONTROL in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut der Vereinbarung in deutscher und französischer Sprache sowie die Denkschrift hierzu sind beigelegt.

Federführend ist der Bundesminister für Verkehr.

Der Bundesrat hat in seiner 596. Sitzung am 16. Dezember 1988 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes Einwendungen nicht zu erheben.

Kohl

Entwurf

Gesetz
zu der Vereinbarung vom 25. November 1986
über die Bereitstellung und den Betrieb von
Flugsicherungseinrichtungen und -diensten durch EUROCONTROL
in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen: Vereinbarung wird mit ihren Anlagen I bis III nachstehend veröffentlicht.

Artikel 1

Der in Brüssel am 25. November 1986 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Vereinbarung über die Bereitstellung und den Betrieb von Flugsicherungseinrichtungen und -diensten durch EUROCONTROL in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht wird zugestimmt. Die

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Vereinbarung nach ihrem Artikel 14 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Die Vereinbarung bedarf der Zustimmung durch Gesetz, weil durch sie Hoheitsrechte übertragen werden und sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht (Artikel 24 Abs. 1, Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 GG).

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem die Vereinbarung nach ihrem Artikel 14 Abs. 3 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Mit Inkrafttreten der Vereinbarung gelten neue Kostenumlageschlüssel, die zu einer Entlastung des Bundeshaushalts führen. Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Das Vorhaben wirkt sich auf Einzelpreise, Preisniveau und Verbraucherpreisniveau nicht aus.

**Vereinbarung
über die Bereitstellung und den Betrieb von
Flugsicherungseinrichtungen und -diensten durch EUROCONTROL
in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht**

**Accord
relatif à la fourniture et à l'exploitation d'installations
et des services de la circulation aérienne par EUROCONTROL au centre
de contrôle régional de Maastricht**

Die Bundesrepublik Deutschland,
das Königreich Belgien,
das Großherzogtum Luxemburg,
das Königreich der Niederlande,

im folgenden als „die Nationalen Vertragsparteien“ bezeichnet,
einerseits, und

die Europäische Organisation für Flugsicherung (EUROCONTROL),

im folgenden als „die Organisation“ bezeichnet, andererseits,

in der Erwägung, daß die Ständige Kommission für Flugsicherung der Organisation, im folgenden als „die Kommission“ bezeichnet, gemäß Anlage 3 zu dem am 12. Februar 1981 in Brüssel unterzeichneten Protokoll zur Änderung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ vom 13. Dezember 1960 (im folgenden als „das Protokoll“ bezeichnet) auf Vorschlag der Nationalen Vertragsparteien eine Lösung für die Zukunft der Bezirkskontrollzentrale Maastricht (im folgenden als „die Zentrale Maastricht“ bezeichnet) angenommen hat und ihre Anwendung beschließen wird;

in der Erwägung, daß die Zentrale Maastricht als EUROCONTROL-Einrichtung beibehalten wird, die für die Organisation das unerläßliche Bindeglied zwischen ihren Grundaufgaben nach Artikel 2 Absatz 1 des 1981 in Brüssel geänderten EUROCONTROL-Übereinkommens (im folgenden als „das geänderte Übereinkommen“ bezeichnet) und der praktischen Durchführung der Flugsicherungsdienste darstellt und es ihr ermöglicht, ihre technischen und betrieblichen Erfahrungen auf dem Gebiet der Flugverkehrsdienste zu erhalten und zu erweitern;

in der Erwägung, daß diese Lösung dem Wunsch der Nationalen Vertragsparteien entspricht, die Organisation gemäß den Bestimmungen des geänderten Übereinkommens, insbesondere seiner Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b und 12, mit der Bereitstellung und dem Betrieb von Flugsicherungseinrichtungen und -diensten im Auftrag der Nationalen Vertragsparteien zu betrauen;

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

1. Die Nationalen Vertragsparteien beauftragen die Organisation gemäß Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b des geänderten Übereinkommens mit der Bereitstellung und dem Betrieb der Flugsicherungs-Streckeneinrichtungen und -dienste in dem Umfang und in der Art und Weise wie in dieser Vereinbarung beschrieben. Zu diesem Zweck benutzt die Organisation die Einrichtungen der Zentrale Maastricht und stellt das für den Betrieb und die Instandhaltung der Zentrale benötigte Personal.

La République fédérale d'Allemagne,
le Royaume de Belgique,
le Grand-Duché de Luxembourg,
le Royaume des Pays-Bas,

ci-après dénommés «les Parties contractantes nationales» d'une part,

et l'Organisation européenne pour la sécurité de la navigation aérienne (EUROCONTROL),

ci-après dénommée «l'Organisation» d'autre part,

considérant que la Commission permanente pour la sécurité de la navigation aérienne de l'Organisation (ci-après dénommée «la Commission») sur proposition des Parties contractantes nationales, a adopté une solution sur l'avenir du Centre de contrôle régional de Maastricht (ci-après dénommé «le Centre de Maastricht»), et décidera de sa mise en œuvre conformément à l'Annexe 3 du Protocole signé le 12 février 1981 à Bruxelles, amendant la Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL» du 13 décembre 1960 (ci-après dénommé «le Protocole»),

considérant que le Centre de Maastricht sera maintenu en tant qu'établissement d'EUROCONTROL, aux fins de constituer pour l'Organisation le lien indispensable entre les tâches obligatoires prévues à l'Article 2.1. de la Convention EUROCONTROL, amendée à Bruxelles en 1981 (ci-après dénommée «la Convention amendée») et les réalités de l'exécution des services de la circulation aérienne, de sorte que l'Organisation puisse maintenir et développer son savoir-faire technique et opérationnel dans le domaine des services de la circulation aérienne,

considérant que cette solution répond aux vœux des Parties contractantes nationales de charger l'Organisation de la fourniture et de l'exploitation d'installations et services de la circulation aérienne pour le compte des Parties contractantes nationales, conformément aux dispositions de la Convention amendée, et notamment ses articles 2.2 b) et 12,

sont convenus des dispositions qui suivent:

Article 1

1. Les Parties contractantes nationales chargent l'Organisation d'assurer, conformément au paragraphe 2.b de l'article 2 de la Convention amendée, la fourniture et l'exploitation des installations et services de route de la circulation aérienne, dans les limites et de la manière indiquée au présent Accord. L'Organisation utilise à cet effet les installations du Centre de Maastricht et fournit le personnel nécessaire à l'exploitation et à la maintenance du Centre.

2. Jede Nationale Vertragspartei behält hinsichtlich des Luftraums über ihrem Hoheitsgebiet und hinsichtlich der Teile des Luftraums über der offenen See, die ihr aufgrund des Luftfahrplans für die Region Europa der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (im folgenden als „ICAO“ bezeichnet) zugewiesen sind, ihre Zuständigkeiten und Verpflichtungen auf den Gebieten der Luftfahrtgesetzgebung, der Festlegung von Regeln und Bestimmungen, der Luftraumorganisation und der Beziehungen zu internationalen Organisationen wie der ICAO, zu den Luftraumbenutzern und sonstigen Dritten.

Artikel 2

1. Die Organisation übernimmt die Bereitstellung der Flugsicherungs-Streckeneinrichtungen und den Betrieb der Flugsicherungs-Streckendienste für den Luftverkehr nach Artikel 3 Absatz 3 des geänderten Übereinkommens in dem Luftraum, dessen Grenzen in Anlage I zu dieser Vereinbarung angegeben sind.

2. Damit die Organisation die in Artikel 1 Absatz 1 und Artikel 2 Absatz 1 dieser Vereinbarung genannten Aufgaben erfüllen kann, stellen ihr die Nationalen Vertragsparteien zur Mitbenutzung unentgeltlich ihre in der Anlage II zu dieser Vereinbarung aufgeführten Anlagen, Geräte und Flugfunk- sowie Bodenfernmeldeeinrichtungen zur Verfügung.

3. Die Nationalen Vertragsparteien treffen im Rahmen ihrer Zuständigkeit alle Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die Organisation ihre Verpflichtungen aus dieser Vereinbarung erfüllen kann; dies gilt insbesondere für die Zuteilung von Funksprechfrequenzen.

Artikel 3

Die Organisation bestimmt die betrieblichen und technischen Maßnahmen, die für die Bereitstellung der Flugsicherungsdienste gemäß Anlage I zu dieser Vereinbarung erforderlich sind. Zu diesem Zweck hat die Organisation, um bei optimalem Kosten-Nutzen-Verhältnis die sichere, wirksame und zügige Abwicklung des Flugverkehrs zu gewährleisten,

- (a) gemäß Anlage 1 zum geänderten Übereinkommen (Satzung der Agentur) über ihre Agentur die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Vorkehrungen zu treffen;
- (b) im Einvernehmen mit den Nationalen Vertragsparteien eine möglichst weitgehende Kompatibilität zwischen den Diensten der Zentrale Maastricht und den Flugverkehrsdiensten sicherzustellen, die von den Nationalen Vertragsparteien in dem ihrer Zuständigkeit unterliegenden Luftraum durchgeführt werden;
- (c) mit den Nationalen Vertragsparteien Übereinkünfte darüber zu treffen, in welcher Weise die in Artikel 2 Absatz 2 dieser Vereinbarung genannten Einrichtungen betrieben werden sollen.

Artikel 4

1. Der Geschäftsführende Ausschuß der Agentur legt auf Vorschlag des Generaldirektors der Agentur gemäß Artikel 5 dieser Vereinbarung die in Artikel 3 genannten betrieblichen und technischen Maßnahmen sowie die entsprechenden Haushaltsmittel fest.

2. Der Generaldirektor ist verantwortlich für die Durchführung des laufenden Betriebs der Flugsicherungsdienste, einschließlich der Personal- und Sachverwaltung. Zu diesem Zweck hat er

- (a) die internen Vorschriften und dienstrechtlichen Bestimmungen der Organisation sowie alle vom Geschäftsführenden Ausschuß und von der Kommission gemäß Artikel 3 und 5 dieser Vereinbarung getroffenen Maßnahmen zu befolgen;
- (b) in den Bereichen Betrieb und Technik für eine enge Konsultierung und Koordinierung mit den für die Flugsicherung zuständigen Stellen der Nationalen Vertragsparteien zu sorgen.

2. Chacune des Parties contractantes nationales, tant pour l'espace situé au-dessus de son territoire que pour les parties de l'espace aérien au-dessus des étendues maritimes désignées sur base du Plan de navigation aérienne – Région Europe – de l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale (ci-après dénommée «l'OACI»), conserve ses compétences et obligations en matière de législation aéronautique, de réglementations, d'organisation de l'espace aérien et de relations avec des Organisations internationales comme l'OACI, ainsi qu'avec les usagers de l'espace aérien ou toute autre tierce partie.

Article 2

1. L'Organisation fournit les installations et exploite les services de circulation aérienne de route pour le trafic aérien défini à l'Article 3.3. de la Convention amendée, dans l'espace aérien, dont les limites sont définies à l'Annexe I au présent Accord.

2. Pour permettre à l'Organisation d'assumer ses compétences mentionnées aux articles 1.1. et 2.1. du présent Accord, les Parties contractantes nationales mettent à sa disposition, pour utilisation conjointe et à titre gratuit, leurs installations, équipements et moyens de communications air-sol et sol-sol dont la liste figure à l'Annexe II au présent Accord.

3. Les Parties contractantes nationales prennent dans la limite de leur compétence, toutes mesures devant permettre à l'Organisation d'exercer ses responsabilités dans le cadre du présent Accord, notamment en matière d'attribution de fréquences radio.

Article 3

L'Organisation définit les mesures opérationnelles et techniques nécessaires à l'exploitation des services de circulation aérienne conformément aux dispositions de l'Annexe I au présent Accord afin d'assurer la sécurité, l'efficacité et l'écoulement rapide de la circulation aérienne par les moyens les plus rentables. A cet effet, l'Organisation:

- (a) met en place, par son Agence, les moyens nécessaires pour l'exécution de sa mission, conformément aux dispositions de l'Annexe 1 à la Convention amendée (Statuts de l'Agence);
- (b) assure en accord avec les Parties contractantes nationales, le maximum de compatibilité entre les services fournis, d'une part par le Centre de Maastricht et d'autre part par lesdites Parties contractantes nationales dans l'espace relevant de leur autorité;
- (c) convient avec les Parties contractantes nationales de la manière dont les installations visées à l'article 2.2. du présent Accord seront exploitées.

Article 4

1. Le Comité de gestion de l'Agence, sur proposition du Directeur Général de l'Agence, détermine les mesures opérationnelles et techniques prévues à l'article 3 ci-dessus, ainsi que les dotations budgétaires correspondantes conformément aux dispositions de l'article 5 du présent Accord.

2. Le Directeur Général assure la gestion courante de l'exploitation des services de la circulation aérienne, y compris les moyens en personnel et matériel. A cet effet,

- (a) il se conforme aux règlements internes et statuts des personnels de l'Organisation, ainsi qu'à tout acte pris par le Comité de gestion et par la Commission conformément aux dispositions des articles 3 et 5 du présent Accord;
- (b) il assure une consultation et une coordination étroites sur les plans opérationnels et techniques avec les organismes des services de la circulation aérienne des Parties contractantes nationales.

Artikel 5

1. Die Bestimmungen des geänderten Übereinkommens mit Ausnahme seines Artikels 7 Absatz 1 zweiter, dritter, vierter und fünfter Satz sowie die Bestimmungen seiner Anlage 1 hinsichtlich der Verfahren für das Treffen von Maßnahmen im Bereich der in Artikel 2 Absatz 1 des geänderten Übereinkommens aufgeführten Aufgaben gelten sinngemäß für die Maßnahmen insbesondere in den Bereichen Betrieb, Technik oder Haushalt, die in Artikel 3 und 4 dieser Vereinbarung genannt sind. Bei Maßnahmen, die mit einfacher oder gewogener Mehrheit angenommen werden, muß eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erreicht werden, die die Zustimmung aller Nationalen Vertragsparteien einschließen muß.

Artikel 6

Für die Durchführung dieser Vereinbarung verpflichten sich die Nationalen Vertragsparteien, gemeinsame Arbeitsverfahren festzulegen, um die Beschlußfassung der Organisation sowie die Erreichung der in den Artikeln 3 und 4 dieser Vereinbarung genannten Ziele, d. h. Kompatibilität, Konsultierung und Koordination, zu erleichtern.

Artikel 7

1. Die in der Zentrale Maastricht erforderlichen Investitionen für die Durchführung der nach dieser Vereinbarung an die Organisation übertragenen Aufgaben werden von der Organisation getätigt.

2. Die Finanzierung dieser Investitionen erfolgt über einen Sonderanhang zum Haushalt der Organisation. Die Finanzierungsregeln und die Mittelaufbringung sind in Teil I des als Anlage III zu dieser Vereinbarung aufgeführten Finanzprotokolls festgelegt.

Artikel 8

1. Die Betriebskosten der Organisation für die Zentrale Maastricht werden gemäß Teil II des als Anlage III zu dieser Vereinbarung beigefügten Finanzprotokolls bestimmt und in einen Sonderanhang zum Haushalt der Organisation eingestellt. Die Finanzierung dieses Sonderanhangs erfolgt durch die Nationalen Vertragsparteien nach einem zwischen ihnen zu vereinbarenden Verteilungsschlüssel.

2. Alle anderen Kosten, die der Organisation im Zusammenhang mit dem Betrieb der Zentrale Maastricht entstehen und die nicht im Sonderanhang zum Haushalt veranschlagt sind, werden von der Organisation getragen.

Artikel 9

Das in der Zentrale Maastricht beschäftigte EUROCONTROL-Personal unterliegt den für das Personal der Organisation geltenden dienstrechtlichen Vorschriften.

Artikel 10

Die am 3. November 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und EUROCONTROL für die Geltungsdauer des Übereinkommens von 1960 geschlossene Vereinbarung über die Eingliederung der deutschen Luftwaffe in der Zentrale Maastricht und die Zurverfügungstellung von Anlagen, Einrichtungen und technischen Diensten wird von dieser Vereinbarung nicht berührt.

Artikel 11

1. Jede Nationale Vertragspartei haftet für alle Schäden, die aus den der Organisation nach Artikel 2 Absätze 2 und 3 dieser Vereinbarung bereitgestellten Diensten oder im Zusammenhang damit entstehen, soweit diese Schäden ihr zuzurechnen sind.

2. Außer in dem in Absatz 1 dieses Artikels vorgesehenen Fall stellt die Organisation die Nationalen Vertragsparteien frei von allen Ansprüchen aufgrund von Schäden, die als Folge von oder im Zusammenhang mit Dienstleistungen nach Artikel 1 Absatz 1 und Artikel 2 Absatz 1 dieser Vereinbarung entstanden sind.

Article 5

A l'exception des dispositions des 2^{ème}, 3^{ème} et 4^{ème} phrases du 1^{er} paragraphe de l'Article 7 de la Convention amendée, les dispositions de ladite Convention et celles de son Annexe I relatives aux procédures de prise de mesures en matière de tâches énumérées au 1^{er} paragraphe de l'Article 2 de ladite Convention, s'appliquent par analogie aux actes notamment de nature opérationnelle, technique ou budgétaire qui sont mentionnés aux Articles 3 et 4 du présent Accord. Les actes pris à la majorité simple ou pondérée doivent obtenir les deux tiers des suffrages exprimés sous réserve du vote favorable de l'unanimité des Parties contractantes nationales.

Article 6

Pour l'application du présent Accord, les Parties nationales contractantes s'engagent à établir des procédures de travail communes visant à faciliter les prises de décision par l'Organisation ainsi que la réalisation des objectifs de compatibilité, de consultation et de coordination visés aux Articles 3 et 4 du présent Accord.

Article 7

1. Les investissements afférents aux installations du Centre de Maastricht, nécessaires à l'exécution des tâches dont l'Organisation est chargée en vertu du présent Accord, sont effectués par l'Organisation.

2. Le financement de ces investissements est assuré par une Annexe spéciale au budget de l'Organisation. Les modalités de financement et les ressources sont réglées au Titre I du Protocole financier de l'Annexe III au présent Accord.

Article 8

1. Les coûts d'exploitation encourus par l'Organisation au titre du Centre de Maastricht sont établis en conformité des dispositions du Titre II du Protocole financier, objet de l'Annexe III au présent Accord, et inscrits à une Annexe spéciale au budget de l'Organisation. Cette Annexe spéciale est financée par les Parties contractantes nationales suivant une clé de répartition à convenir entre elles.

2. Tous les autres coûts encourus par l'Organisation au titre de l'exploitation du Centre de Maastricht et ne figurant pas dans l'Annexe spéciale susvisée sont à la charge de l'Organisation.

Article 9

Le personnel d'EUROCONTROL affecté au Centre de Maastricht est soumis aux dispositions relatives au personnel de l'Organisation.

Article 10

L'Accord conclu le 3 novembre 1977 entre la République fédérale d'Allemagne et EUROCONTROL pour la durée de la Convention de 1960, relatif à la co-implantation des unités de l'Armée de l'Air allemande au Centre de Maastricht et à la mise à la disposition des installations, équipements et services techniques, n'est pas affecté par le présent Accord.

Article 11

1. Chaque Partie contractante nationale est responsable de tout dommage survenu par suite ou à l'occasion des services qu'elle fournit à l'Organisation conformément aux dispositions de l'Article 2, paragraphes 2 et 3 du présent Accord dans la mesure où ce dommage lui est imputable.

2. Sauf dans le cas prévu au paragraphe 1 du présent Article, l'Organisation garantit les Parties contractantes nationales contre l'action qui résulte d'un dommage survenu par suite ou à l'occasion des services fournis conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'Article 1 et du paragraphe 1 de l'Article 2 du présent Accord.

3. Die Organisation kann gemäß Artikel 25 Absatz 2 des geänderten Übereinkommens haftbar gemacht werden. Sie kann jedoch in den in Absatz 1 genannten Fällen für jegliche in dieser Hinsicht entstandene Schadensersatzpflicht Regressansprüche gegen die Nationalen Vertragsparteien anmelden.

4. Die Organisation kann in ihrem eigenen Namen eine Versicherung abschließen, um sich gegen alle oder einen Teil der im Rahmen dieser Vereinbarung eingegangenen Risiken einschließlich Verluste durch entgangene Einnahmen und insbesondere Risiken in folgendem Zusammenhang zu sichern:

- (a) Haftung gegenüber Dritten (Fluggesellschaften, Benutzer, Fluggäste usw.),
- (b) Haftung gegenüber Staaten,
- (c) Beschädigung oder Verlust ihrer Einrichtungen.

Artikel 12

Die in den Anlagen zu dieser Vereinbarung enthaltenen Bestimmungen sind Bestandteil dieser Vereinbarung. Sie können jedoch durch einstimmigen Beschluß der Kommission geändert werden. Die einzelnen Nationalen Vertragsparteien können verlangen, daß das Wirksamwerden eines solchen Beschlusses an ihre schriftliche Bestätigung gebunden wird. Ausgenommen von diesem Änderungsverfahren sind die Bestimmungen von Teil II der Anlage III zu dieser Vereinbarung in bezug auf die haushaltsmäßige Zurechnung der Versorgungskosten.

Artikel 13

Auf Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieser Vereinbarung oder ihrer Anlagen sind die Bestimmungen des Artikels 31 des geänderten Übereinkommens sinngemäß anzuwenden.

Artikel 14

1. Diese Vereinbarung bedarf der Ratifikation, der Annahme oder der Zustimmung.

2. Die Ratifikations-, Annahme- oder Zustimmungsurkunden sind bei der Regierung des Königreichs Belgien zu hinterlegen.

3. Diese Vereinbarung tritt in Kraft, wenn die Kommission, nachdem die letzte der Nationalen Vertragsparteien ihre Ratifikations-, Annahme- oder Zustimmungsurkunde hinterlegt hat, durch einen Beschluß zur Anwendung der in dieser Vereinbarung enthaltenen Lösung für die Zukunft der Zentrale Maastricht die in Anlage 3 zum Protokoll genannte Übergangszeit beendet.

4. Durch ihre Unterschrift wird die Organisation Vertragspartei dieser Vereinbarung.

5. Die Regierung des Königreichs Belgien notifiziert den Regierungen der anderen Mitgliedstaaten der Organisation und der Organisation selbst jede Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Zustimmungsurkunden durch eine Nationale Vertragspartei sowie den Tag des Inkrafttretens dieser Vereinbarung.

6. Die Regierung des Königreichs Belgien läßt diese Vereinbarung beim Generalsekretär der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen und beim Rat der ICAO nach Artikel 83 des am 7. Dezember 1944 in Chicago unterzeichneten Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt registrieren.

Artikel 15

1. Diese Vereinbarung bleibt in Kraft, bis die Organisation ihre Tätigkeiten für Maastricht aufgrund Kündigung nach Absatz 3 dieses Artikels oder während ihrer Liquidation nach Absatz 2 dieses Artikels einstellt.

3. La responsabilité de l'Organisation peut être mise en cause, conformément au paragraphe 2 de l'Article 25 de la Convention amendée. Cependant, pour les cas visés au paragraphe 1 du présent Article, l'Organisation a un droit de recours contre les Parties contractantes nationales pour toute indemnisation due à ce titre.

4. L'Organisation peut contracter, en son nom, une assurance pour se couvrir de l'ensemble ou d'une partie des risques encourus dans le cadre du présent Accord y inclus le préjudice provenant de la perte de revenu et notamment des risques découlant:

- (a) de la responsabilité envers les tiers (notamment les compagnies aériennes, usagers, voyageurs),
- (b) de la responsabilité vis-à-vis d'Etats,
- (c) de l'endommagement ou de la perte de ses installations.

Article 12

Les dispositions énoncées dans les Annexes du présent Accord sont partie intégrante de celui-ci. Elles peuvent, cependant, faire l'objet de modifications par décision unanime de la Commission. L'une quelconque des Parties contractantes nationales peut demander que la mise en vigueur d'une telle décision soit subordonnée à une confirmation écrite de sa part. Toutefois, les dispositions prévues au Titre II de l'Annexe III au présent Accord au sujet de l'imputation budgétaire des pensions ne sont pas susceptibles de modification par la Commission.

Article 13

Tout différend qui pourra naître quant à l'interprétation ou l'application du présent Accord ou de ses Annexes relève mutatis mutandis des dispositions de l'Article 31 de la Convention amendée.

Article 14

1. Le présent Accord sera soumis à ratification, acceptation ou approbation.

2. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés auprès du Gouvernement du Royaume de Belgique.

3. Le présent Accord entrera en vigueur quand, après le dépôt de l'instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation de la Partie contractante nationale procédant la dernière à cette formalité, la Commission aura mis fin à la période transitoire prévue à l'Annexe 3 au Protocole en décidant de mettre en œuvre la solution définie dans le présent Accord en ce qui concerne l'avenir du Centre de Maastricht.

4. Par sa signature l'Organisation devient partie au présent Accord.

5. Le Gouvernement du Royaume de Belgique notifiera aux Gouvernements des autres Etats membres de l'Organisation et à l'Organisation elle-même, tout dépôt d'instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation par les Parties contractantes nationales ainsi que la date d'entrée en vigueur du présent Accord.

6. Le Gouvernement du Royaume de Belgique fera enregistrer le présent Accord auprès du Secrétaire Général des Nations Unies, conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies, et auprès du Conseil de l'OACI, conformément à l'Article 83 de la Convention relative à l'Aviation civile internationale signée à Chicago le 7 décembre 1944.

Article 15

1. Le présent Accord reste en vigueur jusqu'à ce que l'Organisation arrête toute activité au titre du Centre de Maastricht en raison soit d'une résiliation au sens du paragraphe 3 du présent Article, soit de la liquidation de l'Organisation au sens du paragraphe 2 du présent Article.

2. Wird das geänderte Übereinkommen nach den in seinem Artikel 35 Absatz 2 vorgesehenen Bedingungen beendet, so ist die Organisation im Rahmen des Artikels 35 Absatz 3 des geänderten Übereinkommens verpflichtet, den Betrieb der Zentrale Maastricht gemäß dieser Vereinbarung noch so lange weiter sicherzustellen, bis die Nationalen Vertragsparteien, spätestens innerhalb einer Frist von 4 Jahren, die erforderlichen Alternativen haben schaffen können.

3. Eine Nationale Vertragspartei oder die Organisation kann jedoch unbeschadet der Regelung nach Absatz 2 dieses Artikels jederzeit nach Ablauf von 4 Jahren nach Inkrafttreten ihre Absicht bekunden, diese Vereinbarung zu beenden. Diese Absicht wird der Regierung des Königreichs Belgien und von dieser den anderen Vertragsparteien notifiziert. Die Beendigung dieser Vereinbarung wird nach Ablauf von 6 Jahren ab dem Datum des Empfangs dieser Notifikation durch die Regierung des Königreichs Belgien wirksam.

4. Die Partei, die nach Absatz 3 dieses Artikels die Beendigung der Vereinbarung wünscht, trägt die sich hieraus ergebenden Folgekosten.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten nach Vorlage ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten diese Vereinbarung unterschrieben.

Geschehen zu Brüssel am 25. November 1986, in deutscher, englischer, französischer, niederländischer und portugiesischer Sprache in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung des Königreichs Belgien hinterlegt wird; diese übermittelt den Regierungen der anderen Mitgliedstaaten der Organisation und der Organisation selbst eine beglaubigte Abschrift. Bei Abweichungen zwischen den Fassungen ist der Wortlaut in französischer Sprache maßgebend.

2. S'il est mis fin à la Convention amendée dans les conditions prévues à l'article 35.2 de celle-ci, l'Organisation est tenue, en application de l'article 35.3 de la Convention amendée, de maintenir l'exploitation du Centre de Maastricht conformément aux dispositions du présent Accord jusqu'à ce que les Parties contractantes nationales aient mis en œuvre une solution de remplacement au plus tard dans un délai de quatre ans.

3. Toutefois, mais sans préjudice de l'application du paragraphe 2 ci-dessus, l'une quelconque des Parties contractantes nationales ou l'Organisation peuvent manifester leur intention de mettre fin au présent à tout moment à l'expiration d'un délai de quatre ans à compter de son entrée en vigueur. Cette intention de mettre fin à l'Accord est notifiée au Gouvernement du Royaume de Belgique qui la notifie aux autres Parties contractantes. Cette décision de mettre fin à l'Accord prend effet à l'expiration d'un délai de 6 ans à compter de la date de réception par le Gouvernement du Royaume de Belgique de cette notification.

4. La partie ayant demandé à mettre fin à l'Accord dans les conditions prévues au paragraphe 3 ci-dessus prend à sa charge les coûts qui en résulteront.

En foi de quoi les Plénipotentiaires soussignés, après présentation de leurs pleins pouvoirs qui ont été reconnus en bonne et due forme, ont signé le présent Accord.

Fait à Bruxelles, le 25 novembre 1986, en langues allemande, anglaise, française, néerlandaise et portugaise, en un seul exemplaire que restera déposé aux archives du Gouvernement du Royaume de Belgique qui en communiquera copie certifiée conforme aux Gouvernements des autres Etats membres de l'Organisation et à l'Organisation elle-même. Le texte en langue française fera foi en cas de divergence entre les textes.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
W. Repges

Für das Königreich Belgien
Pour le Royaume de Belgique
H. de Croo

Für das Großherzogtum Luxemburg
Pour le Grand-Duché de Luxembourg
M. Schlechter

Für das Königreich der Niederlande
Pour le Royaume des Pays-Bas
H. Th. Schaapveld

Für die Europäische Organisation für Flugsicherung
Pour l'Organisation européenne pour la sécurité de la Navigation
aérienne
H. de Croo
H. Flentje

Anlage I

Ausdehnung des Luftraums, für den die Organisation Flugsicherungs-Streckeneinrichtungen und -dienste bereitstellt

Die Ausdehnung des Luftraums, für den die Nationalen Vertragsparteien die Organisation mit der Bereitstellung der Flugsicherungs-Streckeneinrichtungen und -dienste beauftragen, wird wie folgt festgelegt:

Nationale Vertragsparteien	Horizontale Ausdehnung	Vertikale Ausdehnung
Bundesrepublik Deutschland	Der in den horizontalen Grenzen des oberen Fluginformationsgebietes Hannover gelegene Luftraum	Der bei Flugfläche 250 beginnende und darüberliegende Luftraum
Königreich Belgien Großherzogtum Luxemburg	Der in den horizontalen Grenzen des oberen Fluginformationsgebietes Brüssel gelegene Luftraum	Der bei Flugfläche 250 beginnende und darüberliegende Luftraum (1)
Königreich der Niederlande	Der in den horizontalen Grenzen des Fluginformationsgebietes Amsterdam gelegene Luftraum	Flugfläche 300 und darüber, ausgenommen: der Teil des Fluginformationsgebietes südlich der Linie zwischen den Punkten 51°42'20"N - 02°10'15"O und 51°38'04"N - 02°30'O. Flugfläche 250 und darüber: soweit es das Gebiet südlich der Linie zwischen den Punkten 51°38'04"N - 02°30'O und 51°16'15"N - 04°06'30"O betrifft (1)

(1) Vorübergehend wird dieser Luftraum bis zum Tag der Inbetriebnahme der neuen Einrichtungen der Bezirkskontrollzentrale Brüssel auf den bei Flugfläche 200 beginnenden und darüberliegenden Luftraum ausgedehnt.

Annexe I

La configuration de l'espace aérien pour lequel les Parties contractantes nationales chargent l'Organisation de fournir les installations et d'exploiter les services de circulation aérienne de route est déterminée de la manière suivante:

Parties contractantes nationales	Limites latérales	Limites verticales
République fédérale d'Allemagne	L'espace aérien compris à l'intérieur des limites latérales de la Région supérieure d'information de vol Hannover.	L'espace aérien situé au niveau de vol 250 et au-dessus.
Royaume de Belgique Grand-Duché de Luxembourg	L'espace aérien compris à l'intérieur des limites latérales de la Région supérieure d'information de vol Bruxelles.	L'espace aérien situé au niveau de vol 250 et au-dessus (1).
Royaume des Pays-Bas	L'espace aérien compris à l'intérieur des limites latérales de la Région d'information de vol Amsterdam.	niveau de vol 300 et au-delà, à l'exception de: la partie de ladite région située au sud de la ligne définie par les coordonnées 51° 42'20"N - 02° 10'15"E et 51° 38'04"N - 02° 30'E; niveau de vol 250 et au-delà dans la mesure où il s'agit de la zone située au sud de la ligne définie par les coordonnées 51° 38'04"N - 02° 30'E et 51° 16'15"N - 04° 06'30"E (1).

(1) A titre transitoire, cet espace est étendu à l'espace aérien situé au niveau de vol 200 et au-dessus jusqu'à la date de mise en service des nouvelles installations du Centre de contrôle régional de Bruxelles.

Anlage II

**Sonderbestimmungen in Bezug auf die von den
Nationalen Vertragsparteien der Organisation
bereitgestellten nationalen Einrichtungen und Dienste**

Artikel 2.2 der Vereinbarung

Damit die Organisation die in Artikel 1 Absatz 1 und Artikel 2 Absatz 1 dieser Vereinbarung genannten Aufgaben erfüllen kann, stellen ihr die Nationalen Vertragsparteien zur Mitbenutzung unentgeltlich die nachstehend aufgeführten Anlagen, Geräte und Flugfunk- sowie Bodenfernmeldeeinrichtungen zur Verfügung. Außerdem stellen die Nationalen Vertragsparteien zur kostenlosen Benutzung durch die Organisation die für den Flugsicherungsbetrieb wesentlichen Einrichtungen und Dienste, z. B. Flugberatungsdienst, Wetterdienst und Navigationseinrichtungen, zur Verfügung.

Bundesrepublik Deutschland

Radar

Radardaten, ggfs. einschließlich Wetterdaten, von

- a) Bremen SRE-LL1;
- b) Boostedt SRE-LL1;
- c) Lüdenscheid SRE-LL1;
- d) Pfälzerwald SRE-LL1.

Fernmeldeeinrichtungen

- a) Sende- und Empfangsstationen in Brinkum und Habenhausen mit den erforderlichen Sendern und Empfängern;
- b) automatische Fernsprechvermittlung (A300) in Frankfurt;
- c) zentraler Kontrollstreifendruck (ZKSD) zur Übermittlung von ACT- und dazugehörigen Meldungen.

Einrichtungen zur Verkehrsflußregelung

LRNZ für Zwecke der Verkehrsflußregelung.

**Königreich Belgien
Großherzogtum Luxemburg**

Radar

- a) Aus dem SRE-M5-Radar und Sekundärradar in Bertem bezogene Radardaten

Sonstiges

- a) Über das Wetteramt Zavertem geleitete und von dort bezogene Wetterinformation.

Königreich der Niederlande

Radar

Vom Signaal/LAR und von Wetterradareinrichtungen in Leerdam ausgehende Radardaten einschließlich Wetterdaten.

Fernmeldeeinrichtungen

- a) Sende- und Empfangsstationen in Schiphol und Eelde, zusammen mit den erforderlichen Sendern und Empfängern.

Sonstiges

- a) Aus dem SARP-System bezogene Daten für Zwecke der zivil/militärischen Verbindung.

Annexe II

**Dispositions spéciales relatives aux installations et services
nationaux que les Parties contractantes nationales doivent
mettre à la disposition de l'Organisation**

(Article 2.2 de l'Accord)

Pour permettre à l'Organisation d'assumer ses compétences mentionnées aux articles 1.1 et 2.1 du présent Accord, les Parties contractantes nationales mettent à sa disposition, pour utilisation conjointe et à titre gracieux, les installations, équipements et liaisons air/sol et sol/sol énumérés ci-après. En outre, elles mettent à sa disposition, à titre gracieux, les installations et services indispensables à l'exploitation des services de la circulation aérienne (AIS, informations météorologiques et installations de navigation):

République fédérale d'Allemagne

Radar

Données radar avec, le cas échéant, informations météorologiques émanant des stations suivantes:

- a) SRE-LL1 de Bremen;
- b) SRE-LL1 de Boostedt;
- c) SRE-LL1 de Lüdenscheid;
- d) SRE-LL1 de Pfälzerwald.

Télécommunications

- a) Stations émettrices et réceptrices de Brinkum et Habenhausen, avec équipements nécessaires d'émission et de réception;
- b) Centre de commutation du RSFTA à Francfort (A 300);
- c) Système central d'impression de bandes de progression de vol (ZKSD) pour la transmission des messages ACT et des messages connexes.

Installations de régulation du débit de circulation

LRNZ aux fins GCTA.

**Royaume de Belgique
Grand-Duché de Luxembourg**

Radar

- a) Données émanant des radars SRE-M5 et secondaire de Bertem.

Divers

- a) Informations météorologiques relayées via le Centre météorologique de Zavertem ou émanant de ce Centre.

Royaume des Pays-Bas

Radar

Données radar, avec informations météorologiques de Signaal/LAR et des stations radar météo de Leerdam.

Télécommunications

- a) Stations émettrices et réceptrices de Schiphol et Eelde, avec équipements nécessaires d'émission et de réception.

Divers

- a) Données émanant du système SARP, pour liaisons civiles/militaires.

Anlage III

Annexe III

Finanzprotokoll

über die Aufstellung und Finanzierung der Gliederungen des Haushalts der Organisation, die die Ausgaben für die Zentrale Maastricht betreffen

Teil I: Investitionsausgaben

Artikel 1

Die Investitionsausgaben für die Zentrale Maastricht werden aus einem Sonderanhang (innerhalb von Einzelplan III des Haushalts der Agentur) finanziert.

Artikel 2

Die Ausgaben zu Lasten des Sonderanhangs werden durch entsprechende Einnahmen ausgeglichen, die in den allgemeinen Teil des Haushalts der Organisation (Einzelplan I Teil 3 Abschnitt 6) eingestellt werden.

Artikel 3

Die in den Sonderanhang eingesetzten Investitionen für die Zentrale Maastricht, die erforderlich sind, damit die Organisation ihre Aufgaben im Rahmen dieser Vereinbarung wahrnehmen kann, werden soweit möglich – vorbehaltlich der Bestimmungen von Artikel 4 und 5 dieser Anlage – durch Einnahmen der Organisation ausgeglichen, und zwar:

- (a) Einnahmen aus Sonderbeiträgen, z. B. aus den von der Bundesrepublik Deutschland zu zahlenden Sonderbeiträgen für den militärischen Anteil an den gesamten Investitionsausgaben;
- (b) Einnahmen aus Streckengebühren für die Inanspruchnahme der Flugsicherungsdienste im Luftraum der Nationalen Vertragsparteien aufgrund der jährlichen Amortisation und der Zinsen für die Kapitalaufwendungen in der Zentrale Maastricht; zur Erzielung dieser Einnahmen werden nach einem zwischen den Nationalen Vertragsparteien zu vereinbarenden Verteilungsschlüssel entsprechende Anteile in die nationalen Kostengrundlagen für die Erhebung von Streckengebühren eingestellt. Dieser Verteilungsschlüssel sowie spätere Änderungen sind von den Nationalen Vertragsparteien der Organisation mitzuteilen.

Artikel 4

1. Wenn in einem gegebenen Jahr die Summe der in Artikel 3 dieser Anlage genannten Finanzmittel geringer ist als der zum Ausgleich der Investitionsausgaben des Sonderanhangs erforderliche Betrag, wird die Differenz aus dem allgemeinen Teil des Haushalts der Organisation (Einzelplan I) ausgeglichen.

2. Wenn in einem gegebenen Jahr die in Artikel 3 dieser Anlage genannten Finanzmittel den zum Ausgleich der Investitionsausgaben des Sonderanhangs erforderlichen Betrag übersteigen, wird der Differenzbetrag als außerordentliche Einnahme im Einzelplan I des Haushalts betrachtet, und die Kommission entscheidet, inwieweit der Überschußbetrag dazu verwendet wird, die Beiträge der Mitgliedstaaten zum allgemeinen Haushalt der Organisation zu verringern.

Artikel 5

Wenn im Falle einer durch die Nationalen Vertragsparteien veranlaßten beträchtlichen Erweiterung der in Anlage I zu dieser Vereinbarung festgelegten Aufgaben der Zentrale Maastricht der zum Ausgleich der Investitionsausgaben des Sonderanhangs erforderliche Betrag die verfügbaren Finanzmittel erheblich übersteigt und die Mitgliedstaaten der Meinung sind, daß ihre Beiträge zur Deckung eines Teils der Kosten der Vorfinanzierung der Investitionen für die Zentrale eine untragbare Belastung ihrer

Protocole financier

relatif à l'établissement et au financement des parties du budget de l'Organisation concernant les dépenses du Centre de Maastricht

Titre I: Dépenses d'investissement

Article 1

Les dépenses d'investissement au titre du Centre de Maastricht sont portées à une Annexe spéciale du titre III du budget de l'Organisation.

Article 2

Les dépenses d'investissement portées à cette Annexe spéciale sont équilibrées par des recettes compensatoires provenant du budget commun de l'Organisation (Titre I, Division 3, Section 6).

Article 3

Dans la mesure du possible et sous réserve des dispositions des Articles 4 et 5 de la présente Annexe, les dépenses d'investissement au titre du Centre de Maastricht inscrites à l'Annexe spéciale et nécessaires à l'accomplissement de la mission de l'Organisation en vertu du présent Accord sont équilibrées par les recettes de l'Organisation au titre:

- (a) de contributions spéciales, notamment à la charge de la République fédérale d'Allemagne pour l'élément militaire du total des dépenses d'investissement;
- (b) des redevances de route payables pour l'utilisation des services de navigation aérienne, dans l'espace aérien des Parties contractantes nationales, à raison de l'amortissement annuel et des intérêts sur les dépenses en capital encourues pour ledit Centre; des fractions correspondant à ces recettes devront être incluses, selon une clé de répartition à convenir entre les Parties contractantes nationales, dans leur assiette de redevances de route. La clé de répartition ainsi que toute modification ultérieure qui y sera apportée seront communiquées à l'Organisation par les Parties contractantes nationales.

Article 4

1. Si, une année, le total des ressources visées à l'Article 3 de la présente Annexe n'atteint pas le montant permettant d'équilibrer les dépenses d'investissement portées à l'Annexe spéciale, la différence est couverte par la partie commune du budget commun de l'Organisation (Titre I).

2. Si, une année, le total des ressources visées à l'Article 3 de la présente Annexe dépasse le montant permettant d'équilibrer les dépenses d'investissement portées à l'Annexe spéciale, la différence est considérée comme une recette extraordinaire du Titre I du budget et la Commission décide dans quelle mesure cette différence vient en déduction des contributions des Etats membres au budget commun de l'Organisation.

Article 5

Dans le cas d'un important renforcement, à la demande de Parties contractantes nationales, des tâches du Centre de Maastricht définies à l'Annexe I du présent Accord, si le montant permettant d'équilibrer les dépenses d'investissement portées à l'Annexe spéciale dépasse très largement les ressources disponibles et si les Etats membres estiment que leurs contributions au titre de la couverture partielle du préfinancement des investissements pour le Centre de Maastricht sont inacceptables pour leur

jeweiligen nationalen Haushalte sind, muß über diesen Teil des Finanzprotokolls aufgrund der neuen Situation neu verhandelt werden.

budget, le présent Titre du Protocole financier est renégocié en fonction de la situation nouvelle.

Teil II: Betriebsausgaben

Titre II: Dépenses de fonctionnement

Artikel 6

Die Betriebsausgaben der Zentrale Maastricht werden aus einem Sonderanhang (innerhalb von Einzelplan III des Haushalts der Organisation) finanziert, der von demjenigen für die Investitionsausgaben getrennt ist.

Article 6

Les dépenses de fonctionnement au titre du Centre de Maastricht sont portées à une Annexe spéciale du Titre III du budget de l'Organisation, distincte de celle concernant les dépenses d'investissement.

Artikel 7

1. Die Ausgaben dieses Sonderanhangs werden durch direkte Beiträge der Nationalen Vertragsparteien für die Kontrolle des Allgemeinen Flugverkehrs, die nach einem zwischen ihnen zu vereinbarenden Verteilungsschlüssel festgelegt werden, sowie durch einen Sonderbeitrag der Bundesrepublik Deutschland für den militärischen Anteil an den Betriebskosten ausgeglichen.

2. Dieser Verteilungsschlüssel sowie spätere Änderungen sind von den Nationalen Vertragsparteien der Organisation mitzuteilen.

Article 7

1. Les dépenses portées à cette Annexe spéciale sont équilibrées par des contributions directes des Parties contractantes nationales relatives au contrôle de la circulation aérienne générale, établies selon une clé de répartition à convenir entre elles, et par une contribution particulière de la République fédérale d'Allemagne pour la partie militaire des frais de fonctionnement.

2. La clé de répartition ainsi que toute modification ultérieure qui y sera apportée seront communiquées à l'Organisation par les Parties contractantes nationales.

Artikel 8

In diesen Sonderanhang sind ausreichende Mittel zur Deckung aller laufenden Betriebsausgaben einzustellen, die zur Gewährleistung des sicheren Betriebs der Zentrale Maastricht erforderlich sind. Der Sonderanhang enthält – im Rahmen des festgelegten Haushalts-Gruppierungsplans – alle Positionen, die im Jahr vor dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung im Haushalt der Zentrale Maastricht erfaßt sind, und zwar insbesondere:

- (a) die Brutto-Dienstbezüge, einschließlich der Zulagen und Vergütungen des gesamten Personals in der Zentrale Maastricht;
- (b) Ausgaben für die Ausbildung des Personals der Zentrale Maastricht entsprechend der geltenden Regelung;
- (c) alle Zahlungen, die als Folge eines auf die alleinige Veranlassung der Nationalen Vertragsparteien gefaßten Beschlusses im Falle des Ausscheidens aus dem aktiven Dienst zu leisten sind, ausgenommen eventuelle Zahlungen aufgrund des Ausscheidens aus dem aktiven Dienst infolge der Inbetriebnahme der neuen Kontrollzentrale Brüssel;
- (d) den Arbeitgeberanteil an den Vorsorgekosten für das Personal der Zentrale Maastricht gemäß Artikel 9 dieser Anlage.

Article 8

A cette Annexe spéciale sont prévus des crédits suffisants pour couvrir tous les frais de fonctionnement permettant d'assurer la bonne exploitation du Centre de Maastricht. En font partie tous les postes de dépenses – conformes à la nomenclature budgétaire approuvée – pour lesquels le budget du Centre de Maastricht comporte une dotation au titre de l'année précédant l'entrée en vigueur présent Accord, et notamment:

- (a) les traitements, indemnités et allocation bruts de l'ensemble du personnel du Centre de Maastricht;
- (b) les dépenses au titre de la formation du personnel du Centre de Maastricht en application de la réglementation en vigueur;
- (c) toutes dépenses de fin de service payables par suite d'une décision prise à la seule initiative des Parties contractantes nationales à l'exclusion des dépenses de fin de service éventuelles résultant de la mise en service du nouveau Centre de contrôle de Bruxelles;
- (d) La part «employeur» du coût des pensions du personnel du Centre de Maastricht, définie à l'article 9 de la présente Annexe.

Artikel 9

Die Kosten der in einem gegebenen Jahr erworbenen Versorgungsansprüche umfassen den in den statutarischen Bestimmungen der Organisation festgelegten Arbeitnehmeranteil der Versorgungsbeiträge (der, wie beim gesamten Personal, in den Bruttogehältern eingeschlossen ist) und den Arbeitgeberanteil in doppelter Höhe des Arbeitnehmeranteils. Die Arbeitgeberbeiträge werden als Ausgaben in den Sonderanhang eingesetzt.

Article 9

Le coût des droits à pension acquis pour une année est constitué de la part «employé» telle que définie dans les statuts du personnel de l'Organisation (comprise dans le traitement brut comme pour l'ensemble du personnel) et la part «employeur» représentant le double de la part «employé». La part «employeur» figure en dépense à l'Annexe spéciale.

Artikel 10

Da die spätere Zahlung der Versorgungsleistungen für das Personal der Organisation über den allgemeinen Haushalt der Organisation erfolgt, sind sowohl Arbeitnehmer- als auch Arbeitgeberbeiträge aus dem Sonderanhang zu übertragen und als Einnahme in den Haushalt der Organisation (Einzelplan I Teil I Abschnitt 2) einzusetzen, wobei die Gesamtbeiträge der Mitgliedstaaten sich um diese Einnahme verringern.

Article 10

La liquidation des droits à la pension du personnel de l'Organisation étant imputée sur le budget commun de l'Organisation, la part «employé» de même que la part «employeur» sont transférées de l'Annexe spéciale et portées en recette au budget de l'Organisation (Titre I, Division 1, Section 2) et viennent en déduction des contributions globales des Etats membres.

Denkschrift zu der Vereinbarung

I. Allgemeines

Das EUROCONTROL-Übereinkommen vom 13. Dezember 1960, das am 13. März 1963 in Kraft getreten war, wurde durch das „Protokoll vom 12. Februar 1981 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ vom 13. Dezember 1960 und zu der Mehrseitigen Vereinbarung vom 12. Februar 1981 über Flugsicherungs-Streckengebühren“ (BGBl. 1984 II S. 69) geändert. Mit dieser Änderung ist das in der Vergangenheit angestrebte Ziel, die Flugverkehrskontrolle in den oberen Lufträumen aller EUROCONTROL-Mitgliedstaaten durch EUROCONTROL als eigene Aufgabe wahrnehmen zu lassen, aufgegeben worden. Insofern wird auf die Denkschrift der Bundesregierung zu dem Entwurf eines Gesetzes zu dem Änderungsprotokoll verwiesen (BT-Drucksache 10/182 vom 21. Juni 1983).

Die Tätigkeit der von EUROCONTROL im Rahmen des Übereinkommens vom 13. Dezember 1960 eingerichteten und in eigener Zuständigkeit betriebenen Flugsicherungs-Bezirkskontrollzentrale Maastricht, von der aus der nördliche obere Luftraum der Bundesrepublik Deutschland (oberhalb 7500 m), der obere Luftraum der Niederlande (oberhalb 9000 m) und der obere Luftraum Belgiens und Luxemburgs (oberhalb 6500 m) kontrolliert wird, wurde von dieser Änderung jedoch ausgenommen, da sich abzeichnete, daß die genannten vier Staaten der Ständigen Kommission EUROCONTROL einen Vorschlag für den weiteren Betrieb der EUROCONTROL-Bezirkskontrollzentrale Maastricht unterbreiten werden. Bis zur Annahme dieses Vorschlags durch EUROCONTROL wird die Bezirkskontrollzentrale Maastricht nach Artikel 2 der Anlage 3 zu dem o. a. Änderungsprotokoll von EUROCONTROL mit der gleichen Aufgabenstellung wie bisher in eigener Zuständigkeit weiterbetrieben (Übergangszeit).

Nach Artikel 2 Abs. 2 Buchstabe b des geänderten EUROCONTROL-Übereinkommens kann EUROCONTROL auf Antrag einer oder mehrerer Vertragsparteien mit der Bereitstellung und dem Betrieb der Gesamtheit oder eines Teils der Flugsicherungseinrichtungen und -dienste in deren Auftrag betraut werden. Die Bundesrepublik Deutschland, die Niederlande, Belgien und Luxemburg haben sich daher dafür entschieden, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen und EUROCONTROL zu beauftragen, die Flugsicherungsdienste in ihren oberen Lufträumen (für die Bundesrepublik Deutschland ohne im oberen norddeutschen Luftraum) in ihrem Auftrag durchzuführen. In der zu diesem Zweck am 25. November 1986 in Brüssel abgehaltenen diplomatischen Konferenz wurde zwischen den genannten vier Staaten und der Organisation EUROCONTROL eine entsprechende „Vereinbarung über die Bereitstellung und den Betrieb von Flugsicherungseinrichtungen und -diensten durch EUROCONTROL in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht“ unterzeichnet. Mit dem Inkrafttreten der Vereinbarung soll die vorgenannte Übergangszeit beendet werden.

II. Besonderes

1. Vereinbarung

Zur Präambel

Es kommt zum Ausdruck, daß die EUROCONTROL-Bezirkskontrollzentrale Maastricht nicht nur den Zwecken der nationalen Vertragsparteien dient, sondern auch als unerläßliches Bindeglied zwischen den Aufgaben EUROCONTROLS und der praktischen Durchführung der Flugsicherung anzusehen ist.

Zu Artikel 1

Durch die Übertragung der Aufgabe, in den oberen Lufträumen der nationalen Vertragsparteien die Flugsicherungsdienste in dem in der Vereinbarung beschriebenen Umfang durchzuführen, wird der weitere Betrieb der EUROCONTROL-Bezirkskontrollzentrale Maastricht sichergestellt. Gleichzeitig wird sichergestellt, daß die nationalen Vertragsparteien ihre sich aus dem Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt vom 7. Dezember 1944 (BGBl. 1956 II S. 411) ergebenden Zuständigkeiten und Verpflichtungen behalten.

Zu den Artikeln 2 bis 4

Mit diesen Bestimmungen werden die Aufgabenstellung und die Verpflichtungen EUROCONTROLS, die Verpflichtungen der nationalen Vertragsparteien, die Zuständigkeiten des Geschäftsführenden Ausschusses EUROCONTROL und die Pflichten des EUROCONTROL-Generaldirektors geregelt.

Zu Artikel 5

Es wird sichergestellt, daß die nationalen Vertragsparteien von den anderen EUROCONTROL-Mitgliedstaaten bei den die EUROCONTROL-Bezirkskontrollzentrale Maastricht betreffenden Entscheidungen nicht überstimmt werden können.

Zu Artikel 6

Um die erforderliche Zusammenarbeit sicherzustellen, haben die nationalen Vertragsparteien eine zusätzliche „Vereinbarung zur Durchführung von Artikel 6 der Vereinbarung über die Bereitstellung und den Betrieb von Flugsicherungseinrichtungen und -diensten durch EUROCONTROL in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht“ abgeschlossen, die gleichfalls am 25. November 1986 in Brüssel unterzeichnet wurde. Diese Vereinbarung bedarf keines Vertragsgesetzes; sie wird dieser Denkschrift jedoch zur Unterrichtung beigelegt.

Zu den Artikeln 7 und 8

Die Aufteilung der Ausgaben für Investitionen für die EUROCONTROL-Bezirkskontrollzentrale Maastricht auf die EUROCONTROL-Mitgliedstaaten richtet sich

nach den Vorschriften des Artikel 19 der Satzung der Agentur EUROCONTROL (Anlage 1 zum geänderten EUROCONTROL-Übereinkommen). Die Aufteilung der Betriebskosten für die EUROCONTROL-Bezirkskontrollzentrale Maastricht wird auf Grund der zwischen den nationalen Vertragsparteien getroffenen „zusätzlichen Vereinbarung“ vorgenommen. Die Betriebskosten werden entsprechend dem Verhältnis des Flugverkehrskontrollpersonals, das für die Lufträume der einzelnen nationalen Vertragsparteien eingesetzt wird, aufgeteilt.

Zu Artikel 9

Für das Personal der EUROCONTROL-Bezirkskontrollzentrale Maastricht wird eine Sonderregelung nicht getroffen.

Zu Artikel 10

Die gegenwärtige Mitbenutzung der EUROCONTROL-Bezirkskontrollzentrale Maastricht durch den Bundesminister der Verteidigung für die militärische Flugsicherung im nördlichen oberen Luftraum der Bundesrepublik Deutschland bleibt erhalten. Die Kosten hierfür werden aus dem Haushalt des Bundesministers der Verteidigung bestritten.

Zu Artikel 11

Übliche Haftungs- und Freistellungsklauseln.

Die in Absatz 4 getroffene Regelung ist eine Kompromißlösung, da die Flugsicherung einiger EUROCONTROL-Mitgliedstaaten privatrechtlich organisiert ist und eine Staatshaftung insoweit nicht in Betracht kommt.

Zu Artikel 12

Die Vorschrift soll eine flexible Handhabung der in den Anlagen zu der Vereinbarung enthaltenen Bestimmungen ermöglichen.

Zu Artikel 13

Artikel 13 des geänderten EUROCONTROL-Übereinkommens enthält die übliche und bewährte Schiedsklausel für den Fall von Streitigkeiten über Auslegung und Anwendung der Übereinkunft. Eine Sonderregelung ist nicht erforderlich.

Zu Artikel 14

Da der Organisation EUROCONTROL die Ausübung von Hoheitsrechten in einem Teil des Luftraums der Bundesrepublik Deutschland übertragen wird (Flugsicherungsdienste), bedarf die Vereinbarung eines Bundesgesetzes (Artikel 24 Abs. 1 GG). Im übrigen handelt es sich um die üblichen Vorschriften über Hin-

terlegung der Ratifikationsurkunden, zur Notifizierung der EUROCONTROL-Mitgliedstaaten und der Registrierung der Vereinbarung.

Zu Artikel 15

Es wird sichergestellt, daß im Falle einer Beendigung des geänderten EUROCONTROL-Übereinkommens bzw. einer Kündigung der Vereinbarung durch eine der nationalen Vertragsparteien angemessene Übergangsfristen gewahrt werden, um über Alternativlösungen für die von der EUROCONTROL-Bereichszentrale Maastricht aus durchgeführten Aufgaben zu entscheiden.

2. Ausdehnung des Luftraums, für den EUROCONTROL Flugsicherungseinrichtungen und -dienste bereitstellt (Anlage I)

Mit der Auflistung der oberen Fluginformationsgebiete wird der Geltungsbereich der Vereinbarung gemäß ihrem Artikel 2 Abs. 1 bestimmt.

3. Sonderbestimmungen in bezug auf die von den Nationalen Vertragsparteien der Organisation EUROCONTROL bereitzustellenden nationalen Einrichtungen und Dienste (Anlage II)

Sie enthält eine Liste der Einrichtungen und Dienste, die EUROCONTROL von den Nationalen Vertragsparteien im Rahmen des Auftrags unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

4. Finanzprotokoll

Zu den Artikeln 1 bis 4 und 6 bis 10

Auf Grund der Artikel 7 und 8 der Vereinbarung sind hier die Einzelvorschriften betreffend die Deckung der Haushaltsmittel für Investitionen durch alle EUROCONTROL-Mitgliedstaaten, der Betriebskosten durch die Nationalen Vertragsparteien sowie die haushaltsorganisatorischen Maßnahmen festgelegt. Alle Ausgaben werden letztlich durch Einnahmen aus den Flugsicherungs-Streckengebühren sowie durch den jährlichen Sonderbeitrag der Bundesrepublik Deutschland für die Inanspruchnahme der EUROCONTROL-Bezirkskontrollzentrale Maastricht durch die deutsche Luftwaffe (s. a. Erläuterungen zu Artikel 10 der Vereinbarung) gedeckt.

Zu Artikel 5

Für den Fall, daß die EUROCONTROL für die Nationalen Vertragsparteien von der EUROCONTROL-Bezirkskontrollzentrale Maastricht aus durchzuführenden Aufgaben und damit der in der Anlage I zu der Vereinbarung beschriebene Luftraum wesentlich erweitert werden, muß der die Investitionen betreffende Teil des Finanzprotokolls neu verhandelt werden.

**Vereinbarung
zur Durchführung von Artikel 6 der Vereinbarung über die Bereitstellung
und den Betrieb von Flugsicherungseinrichtungen und -diensten
durch EUROCONTROL in der Bezirkszentrale Maastricht**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland,
Die Regierung des Königreichs Belgien,
Die Regierung des Königreichs der Niederlande,
Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg,

im folgenden als „die Parteien“ bezeichnet,

in der Erwägung, daß sie die Europäische Organisation für Flugsicherung „EUROCONTROL“ (im folgenden als „die Organisation“ bezeichnet) beauftragt haben, Flugsicherungs-Streckeneinrichtungen und -dienste in den Grenzen und in der Art und Weise bereitzustellen und zu betreiben, wie in der gemäß Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 12 des geänderten EUROCONTROL-Übereinkommens am 25. November 1986 in Brüssel abgeschlossenen Vereinbarung über die Bereitstellung und den Betrieb von Flugsicherungseinrichtungen und -diensten durch EUROCONTROL in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht (im folgenden „besondere Vereinbarung“ genannt) beschrieben;

in der Erwägung, daß die Organisation zur Durchführung der ihr von den Parteien übertragenen Aufgabe die Einrichtungen der Bezirkskontrollzentrale Maastricht benutzen und das für den Betrieb und die Instandhaltung der Zentrale benötigte Personal stellen wird;

in der Erwägung, daß der Geschäftsführende Ausschuß der Agentur der Organisation auf Vorschlag des Generaldirektors der Agentur die betrieblichen und technischen Maßnahmen festlegen wird, die in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht zu treffen sind;

im Hinblick auf ihre in Artikel 6 der besonderen Vereinbarung enthaltenen Verpflichtungen zur Festlegung von Arbeitsverfahren zu dem Zweck, die in Artikel 3 und 4 der besonderen Vereinbarung genannten Ziele, d. h. Kompatibilität zwischen den von der Bezirkskontrollzentrale Maastricht und den von den Parteien geleisteten Flugsicherungsdiensten durch gegenseitige Koordination und Abstimmung in allen den Betrieb der Bezirkskontrollzentrale Maastricht betreffenden Fragen zu erreichen;

im Hinblick auf ihre Verpflichtung, sich über die Festlegung eines Verteilungsschlüssels zur Einbeziehung der jährlichen Amortisation und der auf die Kapitalaufwendungen für die Investitionen der Organisation in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht entfallenden Zinsen in ihre Kostengrundlagen für FS-Streckengebühren und zur Finanzierung der Betriebskosten der genannten Zentrale zu einigen;

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

1. Um die Erfüllung der der Organisation übertragenen Aufgabe und den Betrieb der Bezirkskontrollzentrale Maastricht zu erleichtern, setzen die Parteien eine Koordinierungsgruppe Maastricht, im folgenden als „die Gruppe“ bezeichnet, ein.

2. Die Gruppe hat die Aufgabe, einen gemeinsamen Standpunkt der Vertragsparteien zu allen Fragen festzulegen, die den Betrieb der Flugsicherungsdienste der Bezirkskontrollzentrale Maastricht im Luftraum der Vertragsparteien und insbesondere folgendes betreffen:

- (a) betriebliches und technisches Konzept,
- (b) Luftraumstruktur und Sektorisierung,

- (c) Personalerfordernisse,
- (d) laufender Betrieb,
- (e) soweit erforderlich, Einrichtungen und Dienste, die der Organisation nach Artikel 2 Ziffer 2 der besonderen Vereinbarung zur Verfügung zu stellen sind,
- (f) Haushaltsvoranschläge,
- (g) Notfallpläne.

3. Die Gruppe hält regelmäßig Sitzungen ab, die jeweils zwischen den Parteien zu vereinbaren sind. Der Vorsitz in diesen Sitzungen wird im jährlichen Wechsel von einem Vertreter einer Partei wahrgenommen.

4. Der Generaldirektor der Agentur der Organisation wird eingeladen, den Sitzungen der Gruppe beizuwohnen, wann immer seine Teilnahme im Interesse eines reibungslosen Koordinierungsprozesses von den Parteien für notwendig erachtet wird. Er kann, wenn er eine Konsultierung mit den Parteien zu einer bestimmten Frage beantragt, an einer Sitzung der Gruppe teilnehmen, auf der diese Frage behandelt wird.

5. Die Beschlüsse der Gruppe bedürfen der Einstimmigkeit der Parteien; sie sind für jede von ihnen verbindlich.

Artikel 2

1. Die Parteien vereinbaren, in ihre jährliche Kostengrundlage für FS-Streckengebühren einen Betrag einzuschließen, der der jährlichen Amortisation und den auf die Kapitalaufwendungen für die Investitionen entfallenden Zinsen in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht entspricht, und diese Beiträge unter sich im Verhältnis des Flugverkehrskontrollpersonals aufzuteilen, das in den für den Luftraum der einzelnen Vertragsparteien bestimmten Kontrollsektoren eingesetzt ist, wobei der Luftraum des Königreichs Belgien und des Großherzogtums Luxemburg als Ganzes betrachtet wird.

2. Die Parteien vereinbaren, die Betriebskosten für die Kontrolle des Allgemeinen Flugverkehrs in der Bezirkskontrollzentrale Maastricht nach dem gleichen Verteilungsschlüssel aufzuteilen, wie er in Ziffer 1 beschrieben ist.

3. Die Anteile, die sich aus dem Verteilungsschlüssel nach Absatz 1 und 2 dieses Artikels ergeben, werden alljährlich nach dem Stand vom 1. Januar des jeweiligen Haushaltsjahres bestimmt und zwischen den Parteien im Rahmen der in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe f genannten Haushaltsvorschläge vereinbart.

4. Die gemäß Absatz 1 und 2 auf das Königreich Belgien und das Großherzogtum Luxemburg als Ganzes entfallenden Kostenanteile werden zwischen diesen nach den in der Anlage angegebenen Sätzen aufgeteilt.

Artikel 3

Die in der Anlage enthaltenen Bestimmungen sind Bestandteil dieser Vereinbarung. Sie können jedoch im Einvernehmen zwischen Belgien und dem Großherzogtum Luxemburg geändert werden.

Artikel 4

1. Diese Vereinbarung bedarf der Ratifikation, der Annahme oder der Zustimmung.

2. Die Ratifikations-, Annahme- oder Zustimmungsurkunden sind bei der Regierung des Königreichs Belgien zu hinterlegen.

3. Diese Vereinbarung tritt frühestens gleichzeitig mit der besonderen Vereinbarung in Kraft, nachdem die letzte der Parteien ihre Ratifikations-, Annahme- oder Zustimmungsurkunde hinterlegt hat.

4. Die Regierung des Königreichs Belgien notifiziert den Regierungen der anderen Parteien jede Hinterlegung einer Urkunde sowie den Tag des Inkrafttretens dieser Vereinbarung.

5. Die Regierung des Königreichs Belgien läßt diese Vereinbarung beim Generalsekretär der Vereinten Nationen nach Artikel

102 der Charta der Vereinten Nationen und beim Rat der ICAO nach Artikel 83 des am 7. Dezember 1944 in Chicago unterzeichneten Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt registrieren.

Artikel 5

Diese Vereinbarung bleibt unter den gleichen Bedingungen in Kraft, wie sie in Artikel 15 der besonderen Vereinbarung vorgesehen sind.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten nach Vorlage ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten diese Vereinbarung unterschrieben.

Geschehen zu Brüssel am 25. November 1986, in deutscher, französischer und niederländischer Sprache in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung des Königreichs Belgien hinterlegt wird; diese übermittelt den Regierungen der anderen Parteien eine beglaubigte Abschrift.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
W. Repges

Für die Regierung des Königreichs Belgien
H. de Croo

Für die Regierung des Königreichs der Niederlande
M. Schlechter

Für die Regierung des Großherzogtums Luxemburg
H. Th. Schaapveld

Anlage

Bestimmung der Anteile des Königreichs Belgien und des Großherzogtums Luxemburg nach Artikel 2 der Vereinbarung

Königreich Belgien: 97%

Großherzogtum Luxemburg: 3%

